

**Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dies ist der fünfte Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union, der in Hannover stattfindet. Das letzte Mal, als wir hier waren und gleichzeitig den Ministerpräsidenten in Niedersachsen stellten, war vor über 30 Jahren. Das war 1976. Der Ministerpräsident hieß Ernst Albrecht. Er hat Großes für Niedersachsen geleistet. Wir grüßen ihn ganz herzlich und wünschen ihm alles Gute.

(Beifall)

Heute, liebe Freunde, freuen wir uns, dass Christian Wulff Regierungschef dieses Landes ist,

(Beifall)

dass er dieses schöne Bundesland erfolgreich regiert, dass er zeigt, wie richtig unser Satz ist: Da, wo die Union regiert, geht es den Menschen besser in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gilt in den Bundesländern, und das gilt auch wieder im Bund. Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel spüren wir: Es gibt wieder allen Grund zur Zuversicht in Deutschland. Unser Land steht heute besser da als 2005. Wir haben eine lange Durststrecke überwunden. Schritt für Schritt arbeiten wir die Versäumnisse vergangener Jahre auf. Bei der Beschäftigung geht es bergauf. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Sanierung des Haushalts kommt voran. Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Neuverschuldung so niedrig. Ein Durchschnittsverdiener wird im nächsten Jahr durch die Senkung der Lohnzusatzkosten 270 Euro mehr in der Tasche haben. Die Löhne steigen für viele Menschen.

Liebe Freunde, ich könnte die Liste unserer Erfolge noch um viele Beispiele ergänzen, aber das erspare ich uns. Sagen wir es besser in einem Satz – kurz und bündig: Deutschland befindet sich im Aufschwung!

(Beifall)

Liebe Freunde, was noch wichtiger ist: Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen an. Das sind gute Nachrichten für Deutschland. Das zahlt sich für die Menschen aus, ganz konkret:

Beispiel Familie: Wir haben das Elterngeld eingeführt. Deutschland ist heute ein Land, in dem die Familien endlich wieder die politische Unterstützung finden, die sie verdient haben.

(Beifall)

Beispiel Bildung und Forschung: Deutschland ist heute wieder ein Land, in dem die Neugier sich lohnt. Forschung und Entwicklung haben eine neue Bedeutung bekommen.

Beispiel Europa- und Außenpolitik: Deutschland ist heute wieder ein Land, das als Motor Europas die europäische Einigung stärkt und als geachteter Partner in der Welt gefragt ist.

Liebe Freunde, lassen Sie uns angesichts dieser Bilanz ohne Wenn und Aber sagen: Diese Erfolge unserer Regierung, der Großen Koalition, sind das Ergebnis harter Arbeit. Sie sind alles andere als selbstverständlich. Sie sind für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung. Und sie sind wahrlich keine geheime Verschlussache. Darüber dürfen wir, darüber können wir, darüber müssen wir sprechen, und zwar laut und deutlich.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir, soll von diesen Erfolgen sprechen? Wer, wenn nicht wir, soll sagen, dass unser Land auf dem richtigen Weg ist? Andere werden uns diesen Gefallen nicht tun. Jeder, der mich kennt, weiß: Ich neige nicht zu übertriebener Euphorie. Aber unser Licht unter den Scheffel stellen, das will ich nun wirklich auch nicht. Deshalb dürfen wir

miteinander ohne Übertreibung feststellen: Ohne uns, ohne die Union, wäre unser Land heute nicht da, wo es ist.

(Beifall)

Ohne uns, ohne die Union könnten die Bürger nicht feststellen: Heute, im Dezember 2007, geht es uns besser als im November 2005. Das macht Mut. Das zeigt, dass sich die Anstrengungen lohnen. Aber das reicht uns noch nicht. Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können: 2009 geht es uns noch besser als 2007.

(Beifall)

Liebe Freunde, weil das so ist, haben wir auch das Vertrauen, dass es uns mit der Union und damit Deutschland nach 2009 noch besser gehen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, für genau dieses Vertrauen in unsere Arbeit müssen wir alles tun, tagein, tagaus, beharrlich, unermüdlich und vor allen Dingen mit Respekt vor den Menschen in unserem Land; denn nichts von dem, was wir bis jetzt erreicht haben, ist selbstverständlich. Wir können es uns nicht leisten, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Das Gebot der Stunde kann deshalb nur heißen: Kurs halten, die Grundlagen des Aufschwungs stärken, Deutschland weiter auf Erfolgskurs führen. Ich füge hinzu: Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Es ist nicht egal, wer regiert, weder in den Ländern noch im Bund.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier ist die Mitte. Hier, in der Mitte, sind wir - und nur wir.

(Beifall)

Die Mitte ist menschlich. Darum ist die Mitte unser Platz. Die CDU hat seit ihrer Gründung die Mitte immer wieder verteidigt. So und nur so wurde sie die Partei der Freiheit, von

Konrad Adenauer begründet. So und nur so wurde sie die Partei der Einheit, von Helmut Kohl vollendet. So und nur so wurde sie die Partei des Wohlstands für alle, von Ludwig Erhard gestaltet.

(Beifall)

So und nur so – liebe Freunde, das ist unsere Aufgabe – wird die Zukunft Deutschlands auch in der globalen Zeit gestaltet werden können. Das war und ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Das ist eine Erfolgsgeschichte für die Union, eine Erfolgsgeschichte für unser Land und eine Erfolgsgeschichte für die Menschen.

(Beifall)

Wir sind heute in Hannover zusammengekommen, um darüber zu sprechen, wie wir diese Erfolgsgeschichte fortschreiben können. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen allen für Ihre Beiträge zu unserem neuen Grundsatzprogramm ganz herzlich danken. Es ist das dritte Grundsatzprogramm in der über 60-jährigen Geschichte unserer Partei. Dieses Grundsatzprogramm wird weit in die Zukunft weisen. Es folgt einem klaren Credo: Wir verändern, was uns belastet, und wir bewahren, was uns stark macht.

Deshalb wird dieses Grundsatzprogramm auf den Grundsätzen, die seit den Gründungsaufufen der Christlich Demokratischen Union 1945 unverändert gültig sind, aufbauen: die Union als überkonfessionelle christlich-soziale, konservative und liberale Volkspartei der Mitte; das christliche Menschenbild als Fundament unseres Gesellschafts- und Politikverständnisses; die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität; die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit und die Einigung Europas. Auf dieser Basis hat die Union in nunmehr 38 Regierungsjahren fast alle großen Richtungsentscheidungen für die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt. Auf dieser Basis hat die Union unser Land entscheidend geprägt. Das gibt uns Kraft. Das sollte Ansporn für die Gestaltung unserer Zukunft sein.

Liebe Freunde, schauen wir 20 Jahre zurück: Vor 20 Jahren war Europa in Ost und West geteilt. Millionen von Menschen lebten hinter Mauer und Stacheldraht. In Südafrika war das Apartheidregime an der Macht. Die Europäische Gemeinschaft hatte mit Spanien und

Portugal gerade einmal ihr elftes und zwölftes Mitglied hinzubekommen. Indien galt als bitterarmes Entwicklungsland. Das Internet gab es nicht, genauso wenig die Mobiltelefone. Heute, 20 Jahre später, leben wir in einer freieren, vernetzten Welt. Grenzen sind gefallen, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte haben sich in vielen Teilen der Welt verbreitet. Der kulturelle Austausch hat zugenommen. Der medizinische Fortschritt ist atemberaubend. Immer mehr Menschen erreichen bei guter Gesundheit ein hohes Alter. Und das wiedervereinte Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat.

(Beifall)

Zugleich leben wir in einer neuen globalen Freiheit. Wir sprechen nicht mehr von der ersten, zweiten und dritten Welt, sondern nur noch von der einen Welt. Nachrichten aus allen Winkeln der Erde erreichen uns in Sekundenschnelle. Fast jeder kann mit jedem direkt kommunizieren und Handel treiben. Deutsche Unternehmen exportieren in aller Herren Länder, und umgekehrt hat sich das Angebot an Waren aus der ganzen Welt in Deutschland vervielfacht. Wir haben eine gemeine europäische Währung. Wir können quer durch die Staaten der Europäischen Union reisen, ohne auch nur einmal unseren Pass vorweisen zu müssen. Kurzum: Unser Leben hat sich in den vergangenen 20 Jahren dramatisch verändert. Es ist ohne die neuen Technologien, ohne die neuen Freiheiten, ohne die neue Internationalität überhaupt nicht mehr vorstellbar. Die Globalisierung ist unser aller Alltag. Wir profitieren in vielen Fällen davon, vor allen Dingen nehmen wir die Vorzüge ganz selbstverständlich in Anspruch.

Gleichzeitig spüren wir, ja, hoffen wir, dass es auch Unverrückbares in unserem Leben gibt, Allgemeingültiges: die Achtung der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Ansehen oder Aussehen, die Bewahrung der Schöpfung, die Anerkennung der Lebensleistung jedes einzelnen Menschen, die Chance zum Aufstieg und den Raum für gelebte Solidarität.

Liebe Freunde, angesichts all dieser Umbrüche heißt Politik der Mitte deshalb erstens, das Ganze zu sehen. Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Angstmacherei bringt uns nicht weiter, Ideen, Tatkraft und Engagement sehr wohl. Die Globalisierung ist unsere globale Chance. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren fantastisch auf den Weltmärkten

bewährt. Unsere Wirtschaft ist auch deshalb so erfolgreich, weil unsere Unternehmen so ideenreiche und tüchtige Mitarbeiter haben.

Übrigens, liebe Freunde: Es ist viel gesagt worden über Managergehälter. Ich möchte dazu nur so viel sagen: Wer viel für sein Unternehmen und seine Mitarbeiter tut, der soll auch gut bezahlt werden.

(Beifall)

Was ich aber überhaupt nicht verstehe: Warum wird mit Geld überschüttet, wer auf ganzer Linie versagt hat?

(Lebhafter Beifall)

Liebe Aufsichtsräte, glauben Sie, Ihre Mitarbeiter lesen keine Zeitung? Glauben Sie, Ihre Mitarbeiter beherrschen nicht die Grundrechenarten? Wenn ich das Versagen von Spitzenkräften mit Fantasieabfindungen vergoldet sehe, dann sage ich: Das untergräbt das Vertrauen in das soziale Gleichgewicht unseres Landes.

(Beifall)

Ich habe immer sehr aufmerksam verfolgt, mit welchen Argumenten die Gehaltsspirale an der Spitze von Unternehmen begründet wird. Nur mit höchsten Gehältern bekommt man angeblich die besten und erfolgreichsten Führungskräfte. Meinetwegen. Daraus ziehen einige dann aber wohl diesen Schluss: Weil ein amerikanischer Autoboss das Tausendfache eines Arbeiters verdient, muss ganz offensichtlich auch ein deutscher Autokonzernchef eine Gehaltssteigerung bekommen, die er seinen Mitarbeitern nie zugestehen könnte.

Ich möchte mich hier nicht zum Erfolg amerikanischer Autounternehmen äußern, aber ich lese auch, dass alle Hersteller seit Jahren ein japanisches Autounternehmen als besonders erfolgreich ansehen. Dort verdient der Chef nur ungefähr das Zwanzigfache eines Arbeiters. Das ist in etwa das Doppelte eines deutschen Kanzlers, wenn er nicht gerade in der Schweiz Geschäfte für russisches Gas macht, liebe Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein, liebe Freunde, eine Politik der Mitte sagt zu allen Mitgliedern der Gesellschaft: Denkt immer auch an die Anderen! Vergesst nicht, dass wir alle aufeinander angewiesen sind! Erfolgreiche Unternehmen gibt es nur an erfolgreichen Standorten, und erfolgreiche Standorte gibt es nur, wenn es gerecht und verantwortungsbewusst zugeht.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen, dass das ein Bereich ist, der gesetzlich kaum zu regeln ist, auch wenn wir mit der Offenlegung der Gehälter schon einen Schritt weitergekommen sind. Umso mehr brauchen wir hierzu eine unvoreingenommene, vorurteilsfreie und nicht zuletzt sensible gesellschaftliche Diskussion. Soziale Marktwirtschaft ist immer auch eine Wirtschaft und eine Gesellschaft, in der die Menschen zusammengehören. Wenn das nicht mehr funktioniert, fliegt uns der ganze Laden auseinander, um das einmal ganz einfach zu sagen.

(Beifall)

Damit kommen wir zu einer der zentralen Fragen unserer Zeit: Was ist unser Verständnis von der Rolle des Staates in einer Welt, die immer offener wird? Die klassischen Kontrahenten des Industriezeitalters irren beide: derjenige, der alles dem freien Spiel der Märkte überlassen will, und derjenige, der aus Angst vor der Globalisierung stets neue Schutzwälle errichten will. Beide Wege – davon bin ich überzeugt – führen uns in die Vergangenheit. Was wir brauchen, sind Lösungen für die Zukunft.

Dazu brauchen wir eine Herangehensweise, die auch für die internationalen Beziehungen zusammendenkt, was zusammengehört: Freiheit, Wettbewerb und Unternehmergeist auf der einen Seite, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität auf der anderen Seite. Das erfordert mehr als ein reines Wirtschaftskonzept. Das erfordert einen ganzheitlichen Ansatz. Das erfordert einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen. Diesen Ordnungsrahmen gibt es schon, und zwar seit nun bald 60 Jahren. Er gehört zu den politischen Schätzen der Union. Er ist das Vermächtnis Ludwig Erhards. Er ist die Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Damit die Soziale Marktwirtschaft auch in einer globalisierten Welt das leisten kann, was sie über Jahrzehnte in Deutschland geschafft hat, müssen wir sie mit einem internationalen Ordnungsrahmen ergänzen.

Dazu gehört der Schutz des geistigen Eigentums, damit unsere Ideen auch zu Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Gewinn führen.

Dazu gehört die intelligente Regulierung der internationalen Finanzmärkte, damit hochspekulative und kurzfristige Finanzbewegungen nicht Krisen auslösen, die am Ende der Kette die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger treffen. Liebe Freunde, mir kann keiner sagen, dass man nichts, aber auch gar nichts von bestimmten Krisen in der Bankenwelt gewusst hat. Ich kann nur sagen: Wenn wir das nicht beheben, wenn wir da nicht mehr Transparenz hineinbringen, werden die Menschen uns nicht verstehen. Deshalb brauchen wir diesen internationalen Ordnungsrahmen, für den wir auch international arbeiten müssen, weil ein Land allein das gar nicht schaffen kann.

(Beifall)

Dazu gehört ein wirkungsvolles Außenwirtschaftsrecht bei der strategischen Infrastruktur, damit der Weg frei bleibt für echte Investoren und nicht missbraucht wird durch Investoren mit einer eigenen, manchmal außenpolitischen Agenda. Genau darüber werden wir morgen beraten, wenn Roland Koch den dazugehörigen Antrag vorstellt.

Dazu gehört die Etablierung und Einhaltung internationaler sozialer Standards, damit Ausbeutung oder Kinderarbeit nicht als Standortvorteil belohnt werden. Das darf es bei der internationalen sozialen Marktwirtschaft nicht geben, liebe Freunde. Ansonsten ist der Wettbewerb seines eigentlichen Zwecks entblößt.

(Beifall)

Wahr ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Aber wahr ist auch: Die Menschen haben auch ein Anrecht, für Arbeit angemessen bezahlt zu werden. Deshalb finden wir als Union uns mit sittenwidrigen Löhnen nicht ab.

(Beifall)

Wir glauben, dass ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn nicht die Lösung des Problems ist.

(Beifall)

Er schafft neue Probleme, denn er gefährdet Arbeitsplätze.

(Beifall)

Das ist so, weil die Situation der einzelnen Branchen und die Lebenssituation in den verschiedenen Gebieten Deutschlands viel zu unterschiedlich sind. Deshalb sagen wir: Der richtige Weg zur Findung gerechter Löhne ist und bleibt die Tarifautonomie.

(Beifall)

Sie ist nicht ohne Grund im Grundgesetz verankert. Sie ist wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.

Aber ich sage auch mit Bedacht: Damit tragen die Tarifpartner auch eine hohe Verantwortung. Tarifautonomie ist nicht nur ein Recht, Tarifautonomie ist auch eine Verpflichtung. Auch daran muss man von Zeit zu Zeit erinnern.

(Beifall)

All die, insbesondere unsere Freunde in der FDP, die jetzt angesichts des Tarifvertrages im Briefzustellerbereich von einem Dambruch sprechen, seien an dieser Stelle noch einmal an eines erinnert: Schon die Regierung von Union und FDP hat 1996 erkannt, dass es durch den zunehmenden Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt erforderlich war, mit

dem Entsendegesetz für den Baubereich völlig unfairen Wettbewerb zu unterbinden. Liebe Freunde, diesen Schritt haben wir damals gemacht; ich rufe das noch einmal in Erinnerung.

(Beifall)

In dieser Legislaturperiode haben wir es bislang für die Gebäudereiniger getan, und wir werden es für die Briefdienstleister beschließen. Allerdings erwarten wir dann, dass durch den Tarifvertrag mindestens 50 Prozent der Beschäftigten erfasst werden. Wenn andere Branchen von sich aus – das ist nicht eine Sache, die die Parteien festlegen – unter den genannten Bedingungen einen Antrag stellen, wird die Bundesregierung nach dem März nächsten Jahres dies auch prüfen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine vernünftige Alternative zu einem einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Es setzt aber das Funktionieren der Tarifautonomie voraus, und genau darum, liebe Freunde, werden wir werben.

(Beifall)

Zu einem internationalen Ordnungsrahmen gehört es auch, den Gegensatz zwischen Lohnarbeiterschaft und Kapitaleigentümerschaft endgültig zu überwinden, damit die Arbeitnehmer nicht nur über Lohnsteigerungen Chancen auf Teilhabe in unserer Gesellschaft haben, sondern auch über die Gewinne, die aus Kapital, Vermögen und Unternehmensbeteiligungen erwachsen. Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland teilhaben an dem, was an Wertschöpfung ihres Betriebes, zum Teil auch in anderen Teilen der Welt, geschieht. Und vor allen Dingen wollen wir eines: dass möglichst viele und nicht nur wenige teilhaben. Teilhabe ist die Grundfrage der Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, liebe Freunde.

(Beifall)

Deswegen unternehmen wir in der Koalition einen neuen Anlauf zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung. Deswegen bauen wir die Riester-Förderung in Richtung

Wohneigentum aus. Deswegen entwickeln wir das Konzept des Bildungssparens. So verbinden wir immer Eigenverantwortung und gerechte Verteilung des Wohlstands.

Deswegen nehmen wir uns vor, mit einem verständlichen Arbeitsgesetzbuch eine neue Balance von Rechten und Pflichten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen. Es geht um Regeln, die geeignet sind, gerade in kleinen und mittleren Unternehmen Beschäftigung zu sichern und die Hürden für Neueinstellungen herunterzubekommen.

Denn zu keiner Zeit dürfen wir vergessen, dass sich die Rahmenbedingungen auch schnell wieder verändern können. Es reicht schon – wir spüren das –, wenn sich die Nachfrage in Asien verändert, es reicht schon, wenn sich die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika verändert. Beides liegt nicht in unserer Hand, aber wir müssen vorbereitet sein.

Deswegen beobachte ich mit großer Sorge, dass große Teile der Politik diese Gefahren zwar kennen, aber immer wieder die Augen davor verschließen. Das ist grob fahrlässig. Das ist verantwortungslos. Das ist vor allem rücksichtslos gegenüber den Schwachen, denn die Schwachen sind die Ersten, die von einem Abschwung in besonderer Weise betroffen wären, und das müssen wir verhindern.

(Beifall)

Damit wir uns jetzt nicht missverstehen: Ich weiß natürlich, dass sich die Lage deutlich verbessert hat. Wir haben höhere Steuereinnahmen. Die Staatsquote ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Heute sind über eine Million Menschen weniger arbeitslos als noch vor zwei Jahren.

Aber, liebe Freunde, knapp 3,5 Millionen Arbeitslose sind für die Union immer noch 3,5 Millionen Arbeitslose zuviel. Das lässt uns nicht ruhen!

(Beifall)

Deshalb ist „Vorfahrt für Arbeit“ für uns nicht irgendein schöner Slogan, sondern „Vorfahrt für Arbeit“, das ist unser Handlungsauftrag. Denn sozial ist, was Arbeit schafft.

Also werden wir immer wieder darum ringen, auch in streitigen Diskussionen. Wir sagen: Es wäre ein Vorteil, den Kündigungsschutz für diejenigen flexibler zu gestalten, die auf der Suche nach Arbeit sind. Wir wollen alles tun, was Arbeit schafft, und wir wollen alles ablehnen, was Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall)

Es ist auch richtig: Wir werden weniger Schulden machen als zunächst befürchtet. Aber wir dürfen uns dabei nicht einreden, wir hätten – das sage ich jetzt jedenfalls für den Bundeshaushalt – auch nur einen einzigen Cent unserer riesigen Schuldenlast getilgt. Ole von Beust hat angefangen, Christian Wulff wird bald in der Lage sein, aber in vielen Teilen sind wir weit davon weg. Manch einer hört es nicht gerne, aber wir leben seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse,

(Beifall)

zwar nicht mehr ganz so stark wie früher, aber wir leben ganz einfach auf Kosten der nächsten Generation. Das darf uns als christliche Partei nicht ruhen lassen.

(Beifall)

Deshalb, lieber Günther Oettinger, hoffe ich, dass es gelingen wird, in den Beratungen der Föderalismus-II-Kommission ein Neuverschuldungsverbot ins Grundgesetz aufzunehmen. Das wäre ein Zeichen für verantwortete Zukunft. Dann, liebe Freunde, könnten wir sagen, wir haben für zukünftige Generationen wirklich etwas getan.

(Beifall)

Ja, wir reformieren die sozialen Sicherungssysteme, und vor allem sagen wir: Wo Überschüsse vorhanden sind – wie bei der Arbeitslosenversicherung –, da gehören sie in die Hände der Beitragszahler. Der Staat hat nicht das Recht, Geld einfach auszugeben, weil es nun einmal da ist. Der Staat hat die Pflicht, es den Bürgern, wo immer möglich, wieder zurückzugeben, damit sie für sich etwas davon haben.

(Beifall)

So werden wir Kurs halten: bei der beschlossenen Gesundheitsreform, bei der Rente mit 67. Wir können daran nichts ändern, weil es ein Gebot der Vernunft für die zukünftigen Generationen ist. Ich sage zur Rente aber auch: Wenn lauter Experten, nachdem wir das beschlossen haben, meinen, man müsste nun gleich die Rente mit 70 oder sonst was fordern: Das ist mit uns nicht zu machen. Die Menschen haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit, auf Beruhigung. Sie dürfen nicht immer wieder in Angst versetzt werden. Letzteres ist nicht Politik der Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir versprechen wahrlich nicht, dass wir alle Risiken des Lebens ungeschehen machen können. Aber wir versprechen, Vorsorge zu treffen. Damit eines klar ist: Es war die Union unter Führung von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, die in wesentlichen Fragen die Solidarsysteme dieser Bundesrepublik errichtet und die sie später auch reformiert hat.

Es war die Schröder-Bundesregierung, die meinte, 1998 unsere Reformen an den Solidarsystemen rückgängig machen zu müssen. Das war natürlich nicht zu halten. Deshalb sage ich unserem verehrten Koalitionspartner heute: Wer notwendige Erneuerungen zurückdreht, der gewinnt gar nichts, aber er verliert alles, vor allen Dingen das Vertrauen. Deshalb wird das mit der Union nicht zu machen sein. Das ist unsere Botschaft an die Koalition.

(Beifall)

Unsere zentrale Botschaft lautet: Jeder trägt die Fähigkeit in sich, etwas aus seinem Leben zu machen. Jeder kann Vorsorge treffen. Wir wollen ihm dazu die finanziellen Spielräume geben. Da, wo die eigene Kraft begrenzt ist, da fördern und unterstützen wir. Deswegen muss der Umbau hin zu mehr Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit weitergehen. Deshalb brauchen wir kapitalgedeckte Elemente in der Pflege und mittelfristig auch im Gesundheitssystem.

Deswegen halten wir auch an dem Vorhaben einer umfassenden Steuerreform fest: einfacher, niedriger, gerechter. Das müssen wir den Menschen präsentieren. Auch wenn es eine schwierige Aufgabe für die Zukunft scheint: Wir dürfen sie nicht aufgeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Warum machen wir das? Wir machen das, weil wir nicht wollen, dass immer mehr Menschen ängstlich auf die nächste Unsicherheit im Leben schauen. Wir wollen den Menschen helfen, Pläne zu verwirklichen, ihre Wünsche zu erfüllen und Hoffnungen Realität werden zu lassen.

Jeder hat Hoffnungen, die eine Chance verdienen: der Jugendliche, der vor dem Schritt ins Arbeitsleben steht, der Rentner, der sein Arbeitsleben hinter sich hat, der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, der sich gerne wieder in dieser Gesellschaft beweisen möchte, der Mittelständler, der seinen Betrieb am Laufen halten muss und will. Jeder hat Hoffnungen, die eine Chance verdienen.

Deshalb müssen wir als Partei der Mitte denen das Handwerk legen, die meinen, mit unglaublichen Vereinfachungen die Menschen verführen zu können. Herr Lafontaine, wir haben nicht vergessen, was für einen Unsinn Sie gemacht haben, als Sie Finanzminister gewesen sind. Wir haben vor allen Dingen nicht vergessen, wie Sie dann feige weggerannt sind. Wir werden Ihnen auch nicht vergessen, was Sie heute für Vereinfachungen machen, die mit der Realität nichts zu tun haben.

(Beifall)

Ob nun aber die Sozialdemokraten aus diesen Erfahrungen die richtigen Schlüsse ziehen, muss zurzeit zumindest bezweifelt werden. Letztlich müssen sie selbst wissen, was für sie gut ist. Auf eine beunruhigende Entwicklung möchte ich dennoch hinweisen: Ich weiß zwar, dass wir damals, als wir noch in der Opposition waren, bei manchen der zu treffenden Entscheidungen Druck gemacht haben, dass die SPD zum Beispiel nicht alleine die Kraft gehabt hätte, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen. Das weiß ich.

Aber es versteht doch heute kein Mensch, dass die Kanzlerpartei von damals heute nichts mehr mit ihren Entscheidungen zu tun haben will, die doch ganz ohne Zweifel dazu beigetragen haben, dass heute wieder mehr Menschen Arbeit haben. Das versteht kein Mensch.

(Beifall)

Es ist immer wieder gefragt worden: Wessen Arbeitsplätze sind es denn nun? Sind es die Arbeitsplätze, die der letzte Kanzler geschaffen hat, oder sind es die Arbeitsplätze, die die von uns geführte Regierung heute schaffen konnte? Eine Antwort steht mit Sicherheit fest: Große Teile der SPD wollen mit dieser Politik nichts zu tun haben. Damit steht auch eine zweite Antwort fest: Sie wollen auch mit dem Erfolg nichts zu tun haben. Die Arbeitsplätze der Zukunft werden deshalb Arbeitsplätze sein, die durch eine besonnene Politik der Christlich Demokratischen Union in Deutschland geschaffen werden.

(Beifall)

Denn bei einem bin ich mir ganz sicher. Was würde passieren, wenn es keine Politik der CDU und keine Politik der Mitte gäbe? Weniger Arbeit, mehr Schulden, weniger Freiheit, mehr Gängelung: Das wäre die Realität.

Liebe Freunde, nach 16 Jahren in der Opposition hatten sich die Sozialdemokraten vor einem Jahrzehnt auf den Weg in die Mitte gemacht. Sie haben es „Neue Mitte“ genannt. Vielleicht wollten sie damit sagen, dass die Mitte für sie ein neuer Ort ist, an dem sie nicht wirklich zu Hause sind. In jedem Fall aber hat dieselbe Partei vor wenigen Wochen nichts anderes getan, als die Mitte aufzugeben.

(Beifall)

18 Jahre nach der Selbstbefreiung der Ostdeutschen hat die SPD tatsächlich den Beschluss gefasst, den Sozialismus auch in ihr neues Programm ausdrücklich wieder mit aufzunehmen, in ihr erstes Programm seit der Wiedervereinigung. Uns Christdemokraten fehlt dafür jedes Verständnis.

(Anhaltender Beifall)

Als Kraft der Mitte sagen wir: Der Sozialismus hat in Deutschland für alle Zeiten genug Schaden angerichtet. Wir wollen nie wieder Sozialismus!

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen nie wieder Unterjochung der Freiheit. In der Mitte herrscht Freiheit. Auch darum sind wir die Partei der Mitte.

Demokratischer Sozialismus: Das ist ein Widerspruch in sich. Das passt denkllogisch nicht zusammen. Der Sozialismus endet totalitär,

(Lebhafter Beifall)

ob man es will oder nicht, weil er die Gleichheit aller im Sinn hat und etwas völlig anderes als Gerechtigkeit. Damit untergräbt er die Leistungsbereitschaft. Er macht die Schwachen schwächer. Er zerstört die Gesellschaft und das Individuum.

Genau das ist der Unterschied. Die Soziale Marktwirtschaft hat das Gegenteil bewiesen. Die Soziale Marktwirtschaft bringt Wohlstand für alle. Sozial ist, was Arbeit schafft, und sozial ist, was Chancen bietet.

Politik der Mitte heißt deshalb zweitens Chancen erkennen und das Ganze sehen. Die Menschen sind verschieden; das müssen auch die Bildungswege sein. Die Herkunft darf nicht über die Zukunft entscheiden. Wieder sage ich: Mehr denn je kommt es dabei auf die Union an.

Wenn wir über Bildung sprechen, sage ich offen: Lasst uns die Debatte anders führen als früher. Lasst uns damit aufhören, zuerst von den Strukturen und dann von den Inhalten zu reden. Machen wir es genau umgekehrt: Konzentrieren wir uns auf die entscheidenden Fragen, auf die Fragen nach den Inhalten und der Vermittlung, nach Qualität und Leistung, nach Erziehung und Vorbildfunktion, nach Ansehen und Berufsethos der Lehrerinnen und Lehrer.

Wenn wir das durchdenken, dann wird die Überlegenheit eines gegliederten, aber durchlässigen Schulsystems, von ganz allein sichtbar. Dann wird jeder feststellen, dass die richtigen Antworten nur hin zu den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gehen können, hin zu mehr Freiheit für die Schulen, mehr Freiräume für die Ausbildungsstätten und Hochschulen, hin zu mehr Vergleichbarkeit und messbaren Bildungserfolgen, aber auch hin zu mehr praktischer Verwertbarkeit von Bildung, gerade für die, die es schwer haben, und für die, die als Schulabbrecher oft keine Chance haben.

(Anhaltender Beifall)

Unsere Aufgabe heißt: Bildung muss wieder zu einem Aufstiegsversprechen werden, zu dem Aufstiegsversprechen in unserer Zeit.

(Beifall)

Derjenige, der in Bildung investiert – je nach seiner Begabung –, muss bessere Chancen für einen Aufstieg in dieser Gesellschaft bekommen. Dafür haben wir Sorge zu tragen.

(Beifall)

Wir brauchen ein Aufstiegsversprechen, das auch dann wirkt, wenn man Schule und Erstausbildung hinter sich gelassen hat und ins Arbeitsleben eingetreten ist. Dafür brauchen wir neue umfassende Förderwege: Bildungszeiten, die angespart werden, neue Bildungsgänge, die eingerichtet werden, und Bildungsinstitutionen, die völlig neu ausgerichtet sind. Ich sage: Das wird eine der zentralen Aufgaben bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein sein. Bund und Länder müssen gut zusammenarbeiten und dürfen nicht gegeneinanderstehen. Wir können nicht einfach sagen: Weil die Schnittstelle zwischen Schule und Berufsausbildung irgendwo im Nirwana von Bund und Ländern liegt, können wir uns darum nicht kümmern. Das wird uns kein Mensch abnehmen, das ist nicht die Aufstiegschance für die Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Warum sagen wir das? Wir sagen das auch aus der Erkenntnis heraus, dass der Wohlstand unserer Gesellschaft immer stärker von unserer Innovationskraft abhängt. Deutschland hat sich immer als Zukunftswerkstatt verstanden. Bildung und Innovation sind seit jeher eine Stärke unseres Landes. Wir wissen das. Wir haben das erste Auto gebaut, den ersten Computer erfunden und das Aspirin entwickelt. Wir sind das Land der Ideen. Daher ist es gut, dass wir jetzt in der aktuellen Politik endlich mit grüner Technologieskepsis und roter Fortschrittsangst Schluss machen. Es ist wahrlich nicht die Aufgabe der Politik, ganze Innovationsfelder wie die Sicherheitsforschung in der Kernenergie auf den Index zu setzen. Dazu haben wir kein recht. Freiheit der Forschung heißt, dass wir auch in diesen Bereichen forschen können, forschen müssen und auch international forschen sollten.

(Beifall)

Deshalb haben wir in den letzten zwei Jahren die Forschungsförderung des Bundes grundlegend erneuert: durch unsere Hightechstrategie, durch unsere Verpflichtung, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung auszugeben, und durch die Exzellenzinitiative. Daraus wird eine ganz neue Kultur der Innovation entstehen. Innovationen brauchen Offenheit, Innovationen brauchen Neugier, sie brauchen Freiräume für Kreativität, und sie brauchen Förderung und Wettbewerb. Aber: Innovationen brauchen auch Grenzen. Dem Menschen ist nicht alles erlaubt. Seine Würde als Geschöpf Gottes setzt menschlicher Verfügbarkeit Grenzen. Auch das gehört zu den Gründungsmaximen der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Politik der Mitte heißt: Wir müssen Fortschrittsorientierung und Schöpfungsbewahrung miteinander verbinden; denn wir sind uns einig: Niemals dürfen wir Nützlichkeitsdenken über den Schutz des menschlichen Lebens stellen; niemals!

(Beifall)

Deswegen ist das Klonen in jeder Form für uns ein Tabu. Deshalb gibt es mit uns strenge Bedingungen für die Forschung mit embryonalen Stammzellen. Deshalb werden wir das Embryonenschutzgesetz nicht antasten. Deswegen werden wir auch nicht lockerlassen –

hier unterstütze ich Volker Kauder in ganz besonderer Weise –, bis wir endlich eine Regelung gegen Spätabtreibungen verabschieden können. Es gehört zu den Dingen, die ich nicht verstehen kann, dass uns das mit unserem Koalitionspartner nicht gelingt.

(Beifall)

Liebe Freunde, deswegen bekennen wir uns ganz klar zum Stopp von aktiver Sterbehilfe.

(Beifall)

Das Vorgehen einer Schweizer Gesellschaft ist für mich mit dem Gebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Dass diese Gesellschaft auch noch Dignitas, also Würde, heißt, ist der Gipfel der Unverschämtheit.

(Beifall)

Aktive Sterbehilfe wird es mit der Christlich Demokratischen Union nicht geben.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, Politik der Mitte heißt drittens, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Mehr denn je kommt es dabei auf die Union an. Zusammenhalt gelingt auf dem Boden unserer gemeinsamen Werte. Die christlich-jüdische Prägung unserer Gesellschaft, unsere Verfassung, unsere Sprache, unsere Verantwortung für unsere Geschichte – das alles macht unser Zusammenleben als Nation aus. Daraus formt sich das, was wir Leitkultur nennen. Das schließt nicht aus, sondern ein. Das öffnet, wehrt nicht ab.

Wir sagen in unserem neuen Grundsatzprogramm nicht ohne Grund: Deutschland ist ein Integrationsland. Denn wir wissen: Deutschland braucht Zuwanderung, Zuwanderung beim Wettbewerb um die besten Köpfe. Sie sind uns willkommen. Deutschland hat eine gute Zukunft nur als weltoffenes Land. Genauso klar sagen wir aber auch: Integrationsland – das ist keine Einbahnstraße. Parallelgesellschaften haben mit Weltoffenheit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall)

Unser Grundgesetz gilt an jedem Ort und für jede Person in Deutschland. Zur Integration gehört untrennbar für uns die Bereitschaft, sich auf unser Land auch wirklich einzulassen. Darum geht es auch im Nationalen Integrationsplan. Das steht auch im Mittelpunkt des von uns organisierten Islamgipfels. Immer geht es um einen ständigen Dialog – das ist richtig –, aber diesen Dialog müssen wir unter klaren Bedingungen auf dem Boden des Grundgesetzes in unserem Land führen. Deshalb müssen wir ganz konkret auf bestimmte Dinge achten, zum Beispiel darauf, dass Moscheekuppeln nicht demonstrativ höher gebaut werden als Kirchtürme. Toleranz kann und darf nicht Beliebigkeit bedeuten. Toleranz muss für eigene Werte eintreten.

(Beifall)

Konkret sagen wir – da war die Union Vorreiter –, dass Kinder, wenn sie eingeschult werden, ausreichende Deutschkenntnisse haben müssen. Ansonsten werden sie am Wohlstand unseres Landes nicht teilhaben können. Das ist mit der Christlich Demokratischen Union nicht zu machen. Ausreichende Deutschkenntnisse sind die Voraussetzung des Schulbesuchs. Wir haben ein Gesetz gemacht, das den Nachzug von Familienangehörigen besser regelt und besser vor Zwangsehen schützt. Genau aus diesem Grunde haben wir das Mindestalter für nachziehende Ehepartner auf 18 Jahre erhöht, damit Zwangsehen in unserem Land nicht vorkommen. Denn das lässt sich mit unserem Verständnis von Freiheit und mit unserem Grundgesetz nicht vereinbaren.

(Beifall)

In der Mitte unserer Gesellschaft steht die Familie. In der Mitte der Familie sind unsere Kinder. Darum tun wir als Partei der Mitte für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft alles, um das Miteinander der Generationen zu fördern. Die dauerhafte Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern – das ist unsere Vorstellung von Familie. Dazu gehört auch der Respekt vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen. Die Familie, so finde zumindest ich, steht wie kein anderer Lebensbereich für die Dinge,

die immer gültig sind. Es gibt nichts Persönlicheres, als eine Familie zu gründen. Politische Bevormundung hat da nichts zu suchen.

(Beifall)

Weil das so ist, wird unser Konzept der Wahlfreiheit in seiner vollen Bedeutung erst richtig klar. Wahlfreiheit ermöglichen – das setzt Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen voraus: vor dem Lebensentwurf, bei dem sich ein Elternteil voll und ganz der Erziehung der Kinder widmet, wie auch vor dem Lebensentwurf, bei dem Mann und Frau Familie und Beruf vereinbaren.

Deshalb ermöglichen wir mit dem geplanten Betreuungsgeld die Wahl von Familienarbeit und Erziehung, und deshalb wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Bau von mehr Kinderbetreuungsplätzen und dabei auch von mehr Krippenplätzen fördern. Das machen wir, weil wir wissen: Wahlfreiheit ohne Wahlmöglichkeit ist ein leeres Versprechen. Es ist Schall und Rauch. Es ist nichts wert für die Betroffenen. Die Freiheit der Wahl braucht die Möglichkeit der Wahl. Beides geht nur zusammen, liebe Freunde, sonst werden wir unglaubwürdig.

(Beifall)

Bei allem stellen wir die Verantwortung der Eltern nach vorne. Wir konzentrieren uns darauf, die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Ich bitte Sie wirklich, auch wenn wir viele Eltern treffen, die vielleicht mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind: Lassen Sie uns nicht nachlassen in dem Versuch, zuerst einmal, bevor der Staat eingreift, die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Diesen Versuch dürfen wir nicht aufgeben.

(Beifall)

Dass das an vielen Stellen bitter notwendig ist, zeigt sich immer wieder. Wir haben in unserem Land ein drängendes Problem: die Kinderarmut. Ich meine damit nicht allein die materielle. Es gibt Kinderarmut in unserem Land leider auch noch in einer ganz anderen Dimension: in der von Bildungsarmut, Kindesmissbrauch, Kindesmisshandlung, Verwahrlosung und Vernachlässigung. Uns alle hat der Todesfall der verhungerten Lea-

Sophie in Schwerin wie andere Fälle schwer erschüttert. Die staatliche Gemeinschaft muss sich natürlich um diese Probleme von Verwahrlosung kümmern. Wir dürfen nicht aus falsch verstandenem Schutz der Privatsphäre einfach an der Haustür kehrtmachen, wenn dahinter furchtbares Kinderelend sichtbar wird. Wir dürfen nicht wegsehen.

(Beifall)

Deshalb fördert der Bund mit seinem Aktionsprogramm „Frühe Hilfen“ die Vernetzung aller Akteure, die in Kontakt zu Familien arbeiten: der Hebammen, der Kinderärzte, der Erzieherinnen und Erzieher. Bund, Länder und Kommunen müssen hier – das ist ein klassischer Fall – enger zusammenwirken. Das stärkt dann auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Liebe Freunde, eine Politik der Mitte heißt viertens, nachhaltig zu sein, weil wir an die nachfolgenden Generationen denken. Mehr denn je kommt es hier auf die Union an. Der Schutz des Lebens und der Schutz der Schöpfung – sie wurzeln beide in dem gleichen Grund. Wohlstand und Bewahrung der Schöpfung hängen heute untrennbar zusammen, so untrennbar wie lange nicht in der Menschheitsgeschichte oder noch nie. Wir brauchen beides: ökonomische Vernunft und ökologische Verantwortung. Denn es geht ja hier nicht um irgendetwas, sondern es geht um zwei zentrale Herausforderungen für die Menschheit: den Schutz des Klimas und den Zugang zu Energie.

Damit das ganz klar ist: Genau deshalb bleibt auch die Frage nach den Laufzeiten unserer Kernkraftwerke, die ja zu den sichersten der Welt gehören, aktuell. Es ist doch nicht vernünftig, Treibhausgasemissionen zu bekämpfen und als Erstes das, was läuft und keine CO₂-Emissionen hervorruft, abzuschalten. Ich hoffe, dass hier auch andere noch auf den Weg der Vernunft kommen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn man nun aber auch noch die ökologische Modernisierung der Kohlekraftwerke verhindern will, dann, finde ich, strapaziert das den gesunden Menschenverstand über das Normale weit hinaus.

(Beifall)

Es schadet wirklich nicht, bei einem so großen Problem wie dem Klimawandel ein Mindestmaß an Logik und Vernunft noch erkennen zu lassen. Das sage ich leider auch an die Adresse mancher in unserer eigenen Partei, liebe Freunde, wenn es um Kohlekraftwerke geht.

(Beifall)

Es kann doch angesichts des Hungers nach Energie in all den Schwellen- und Entwicklungsländern nun wirklich nicht unsere Aufgabe sein, künstlich Energie zu verknappen und damit die falschen Preissignale zu setzen. Denn natürlich ist es eine Riesensorge, die die Menschen zu Recht haben, wenn die Energiepreise steigen. Deshalb ist es unsere Verpflichtung, für mehr Wettbewerb für die Verbraucher zu sorgen. Deshalb müssen wir aufpassen, dass wir nicht durch eine beengte Politik noch die falschen Signale setzen. Mehr Energieeffizienz, weniger Energie verbrauchen – aber da, wo Energie notwendig ist, vernünftige Wege finden und einen vernünftigen Wettbewerb organisieren.

(Beifall)

Das wird auch unser nationales Klimaschutzprogramm charakterisieren: Anreize setzen, Menschen nicht gängeln, für neue Technologien die Wege eröffnen. Ich glaube, dass wir damit für die Klimakonferenz in Bali ein wirklich gutes Signal setzen. Dieser Konferenz wünschen wir allen Erfolg.

Meine Damen und Herren, auf eines werden wir dabei aber achten: Ich stehe sehr zur Vorreiterrolle Deutschlands, ich habe mich sehr dafür eingesetzt. Aber der Klimaschutz ist ein internationales Problem. Weder Europa noch Deutschland allein kann dieses Thema lösen. Deshalb darf es nicht sein, dass wir die Vorreiterrolle haben, aber dann in Europa zum Beispiel Regelungen für die Autoproduktion gefunden werden, die deutsche Hersteller benachteiligen und andere bevorteilen. Jeder muss seinen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leisten.

(Beifall)

Liebe Freunde, an dem Thema Klimaschutz können Sie eines sehen: Globalisierung heißt, wir müssen gemeinsam handeln. Zu spätes Handeln oder Unterlassen hätte ungeahnte, kaum voraussehbare Folgen. Das heißt also, unsere Entwicklung zu Hause und Entwicklungen in den, von uns aus gesehen, fernsten Gegenden der Welt greifen ganz eng ineinander. Alles ist vernetzt. Die Dinge müssen zusammen gedacht werden.

Politik der Mitte in einer solchen Welt heißt deshalb fünftens: Augenmaß. Das Ergebnis ist eine moderne Sicherheitspolitik. Mehr denn je kommt es bei dieser Politik auf die Union an. Denn gerade im Bereich der Sicherheit dürfen wir, eben weil die Welt sich so geändert hat, die Trennung in herkömmliche Innen- und Außenpolitik nicht mehr zulassen. Diese Trennung ist schlicht und ergreifend von gestern. Sie ist überholt, sie ist provinziell, und das Schlimmste ist: Sie wird den Bedrohungen, denen wir heute ausgesetzt sind, nicht mehr gerecht, liebe Freunde.

(Beifall)

Wahr ist: Die Sicherheit ist für den Menschen da, der Mensch nicht für die Sicherheit. Aber wahr ist auch: Ein Leben in Würde und freier Selbstentfaltung ist ohne ein ausreichendes Maß an Sicherheit nicht möglich. Deutschland ist bisher von schweren Anschlägen verschont geblieben. Aber wir wissen, es hängt nicht von uns allein ab, dass das so bleibt. Es hängt jedoch eben auch von uns ab, dass es so bleiben kann: wenn die Politik Gefährdern und Kriminellen signalisiert, dass Deutschland kein geeigneter Ruheraum für Terroristen ist, wenn die Politik Gefährdern und Terroristen signalisiert, dass Deutschland kein Ort naiver Blauäugigkeit ist, wenn die Politik signalisiert, dass Deutschland Schritt hält mit den immer neuen Herausforderungen und Fähigkeiten, die unsere Art zu leben in eminenter Weise bedrohen.

Deshalb haben wir unser Konzept, nach dem der Einsatz der Bundeswehr heute auch im Innern unter bestimmten Bedingungen notwendig sein kann, weil Innen und Außen nicht mehr so zu trennen sind, wie das einmal war.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir eine Terrorwarndatei. Deshalb können wir nicht zulassen, dass Menschen aus Terrorcamps nach Deutschland zurückkommen und ihnen hier nichts geschieht, und, liebe Freunde, deshalb brauchen wir unter bestimmten restriktiven Bedingungen auch die Onlinedurchsuchung, um Terroristen nicht das Signal zu geben: Hier könnt ihr zugreifen, hier gibt es keinen Schutz. – Davon werden wir nicht abgehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer das als Marsch in den rechtlosen Überwachungsstaat diffamiert, der weiß wirklich nicht, was es heißt, in einem rechtlosen Überwachungsstaat zu leben. Der weiß nicht, wovon er spricht. Er verhöhnt die Menschen, die das leider erleben mussten. Deshalb kann ich nur sagen: Lassen Sie uns hier Augenmaß einziehen, wie es die Union macht, und lassen Sie uns mit den anderen debattieren. Die Union wird hier den Sieg davontragen. Da bin ich mir vollkommen sicher.

(Beifall)

Das heißt also: Freiheit und Sicherheit müssen bei einer Politik der Mitte gleichermaßen gestärkt werden. Für diese Politik stehen wir als Partei. Aber wir wissen auch: Alleine können wir das in der Welt nicht. Wir brauchen Partner. Eine Politik der Mitte sucht deshalb den Dialog auch mit den großen Mächten. Aber eine Politik der Mitte biedert sich nicht an.

Nebenbei gesagt – nur zur Erinnerung –: Es hieß damals „Wandel durch Annäherung“ und nicht „Wandel durch Anbiederung“, liebe Freunde.

(Beifall)

Wer das vergisst, der vergisst große deutsche Patrioten wie Konrad Adenauer und – ja auch – wie Willy Brandt. Vielleicht hilft es ja dem einen oder anderen, sich in einer ruhigen Minute im stillen Kämmerlein einmal vorzustellen, was Willy Brandt davon gehalten hätte, sich im Ernst auf eine öffentliche Diskussion darüber einzulassen, ob es für unser Land besser ist, sich offen oder still für Menschenrechte einzusetzen. Ich bin überzeugt, er hätte

schlicht und ergreifend den Kopf geschüttelt über diese Art der Debatte, die Deutschland wirklich nicht dient.

(Beifall)

Liebe Freunde, gute Außen- und Sicherheitspolitik ist immer wertebezogen. Menschenrechtspolitik und das Vertreten wirtschaftlicher Interessen überall in der Welt – das waren, das sind und das werden immer zwei Seiten ein und derselben Medaille sein. Politik der Mitte heißt dann auch, eine enge Freundschaft mit dem Land, das die Freiheit und Einheit Deutschlands unterstützt hat wie kein anderes, also eine enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall)

Deutschland, Europa und die USA teilen die gleichen Werte. Deshalb ist die Allianz wichtig. Wir brauchen sie, wenn wir an die Bedrohung Israels und der gesamten Region durch das Nuklearprogramm des Iran denken. Die Sicherheit Israels – das ist eine Konstante deutscher Außenpolitik. Die Sicherheit Israels als jüdischer Staat ist für uns niemals verhandelbar; das sagen wir jedem in der Welt klipp und klar.

(Beifall)

Die transatlantischen Beziehungen umfassen heute auf der einen Seite den Sicherheitsbereich, die Zusammenarbeit in der NATO. Aber sie umfassen auf der anderen Seite auch die Wirtschaftspartnerschaft. Eine transatlantische Wirtschaftspartnerschaft, die sich gegen niemanden richtet, diese Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist für uns wichtig. Aber sie ist nicht gegen andere ausgerichtet; sie wendet sich nicht gegen die strategische Partnerschaft mit Russland. Ich sage ganz deutlich: Wir wollen diese strategische Partnerschaft, weil sie in unserem und im russischen Interesse ist, weil sie in unserem gemeinsamen Interesse ist. Aber sie muss dann auch kritische Worte aushalten.

Wir wissen um die große Bedeutung Chinas. Wir wissen um die Bedeutung Indiens, des asiatischen Kontinents. Wir wissen um unsere Aufgabe in Afrika, auf einem Kontinent, dem wir nicht mit Mitleid, sondern auf gemeinsamer Augenhöhe begegnen wollen.

Liebe Freunde, ich werde manchmal gefragt, warum unsere Regierung in der Außenpolitik erfolgreicher ist als ihre Vorgängerin. Ich meine, dafür gibt es eine ganz einfache Erklärung: Wir verhalten uns seriös.

(Beifall)

Und das geht so: Unsere Verbündeten erfahren unseren Standpunkt direkt von uns. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen. So haben wir Deutschen wieder Einfluss und können unsere Ziele besser erreichen. Denn es ist natürlich eine Sache, sich Ziele zu setzen. Aber es ist etwas ganz anderes, Ziele auch wirklich zu erreichen. Unsere Regierung erreicht Ziele. Für Europa haben wir einen Durchbruch geschafft: einen neuen europäischen Vertrag, wie es viele nicht erwartet haben. Es gibt ein Europa mit einer verbesserten Kompetenzordnung. Es gibt endlich die Möglichkeit, dass Europa sich nicht weiter mit sich selbst beschäftigt, sondern dass Europa sich wieder um die Dinge in der Welt kümmern kann, die für Europa wichtig sind. Das ist gut so, weil wir das Ziel auch erreicht haben und nicht nur davon geredet haben, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir sprechen auch darüber, dass die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union Hand in Hand gehen müssen. Deshalb war es richtig, dass viele von Ihnen noch einmal gesagt haben: Lasst uns die Frage der Türkei klarer beschreiben. Wir sind, waren und bleiben für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei, eng mit Europa, aber gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Antworten für Arbeit und Wirtschaft, für Familie, Integration und Nation, Energie und Klima, Europa und die Welt zeigen: Wir verbinden, was bei anderen teilt. Wir behalten den Blick für beides, wo andere nur eines sehen: für die Chancen und für die Risiken, für die Sorgen und für die Hoffnungen. Das können wir, weil wir getragen werden von dem, was für uns dauerhaft gilt: von unseren Wurzeln – christlich-sozial, konservativ, liberal. Wir sind getragen vom Dreiklang unserer Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Wir sind offen für Neues und bewahren Bewährtes. Das ist der

Kurs der Mitte. Das ist Richtung und Ziel unseres neuen Grundsatzprogramms. Das ist der Kurs unserer täglichen Politik.

Das ist der Kurs, den unser Land braucht. Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Es ist wahrlich nicht egal, wer regiert – weder im Bund noch in den Ländern. Nur eine Volkspartei der Mitte kann in Deutschland die notwendige Zustimmung erringen und für dieses Land auch die Zukunft gestalten.

Vor uns liegt eine wichtige Wegstrecke. Wir stehen in der Verantwortung, unser Land auf der Erfolgsspur zu halten. Unser Ziel ist klar: Wir setzen auf einen klaren Kurs für Wachstum und Beschäftigung. Wir stehen vor wichtigen Landtagswahlen: in Hessen, in Niedersachsen, in Hamburg. Unser Ziel ist klar: Wir setzen auf Sieg, auf Sieg für Christian Wulff, auf Sieg für Roland Koch, auf Sieg für Ole von Beust, damit sie ihre Arbeit auch wirklich fortsetzen können.

(Beifall)

Wir stehen natürlich in der Verantwortung, 2009 im Bund mit einer erfolgreichen Bilanz und überzeugenden Zukunftskonzepten vor die Wählerinnen und Wähler zu treten und wieder um ihr Vertrauen zu werben. Liebe Freunde, wir haben alle Chancen. Wir sind stark in unserer Gemeinschaft, der Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union zusammen mit der CSU.

Dass dies so ist, daran haben viele einen Anteil: die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte, die uns, die Union, zur kommunalen Kraft Nummer eins in Deutschland gemacht haben, unsere Landesverbände mit unseren Ministerpräsidenten, die alle hier vorne auf dem Podium versammelt sind, unsere Bundestagsfraktion mit Volker Kauder an der Spitze, unsere Bundespartei mit unserem Generalsekretär Ronald Pofalla, unsere Schwesterpartei mit Erwin Huber, Günther Beckstein und Peter Ramsauer, unsere Mitglieder in der Bundesregierung: Maria Böhmer, Thomas de Maizière, Michel Glos, Franz-Josef Jung, Bernd Neumann, Wolfgang Schäuble, Annette Schavan, Horst Seehofer, Ursula von der Leyen; man beachte die alphabetische Reihenfolge.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich sage für die gesamte Partei, aber auch für mich ganz persönlich, ein herzliches Dankeschön für das freundschaftliche und das gute Miteinander.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mehr denn je kommt es auf die Union in unserem Lande an. Die Zukunft Deutschlands liegt in der Mitte. Ganz gleich, welche Kapriolen andere drehen: Wir halten Kurs! Da, wo die Mitte ist, sind wir, und da, wo wir sind, ist die Mitte. Die Mitte sind wir – zum Wohle unseres Vaterlandes. Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)